

Wir haben die Konzepte für ein frauengerechtes Baden-Württemberg

Nachdem das Sozialministerium im Februar eine Analyse zum Stand der Gleichstellung in Baden-Württemberg veröffentlicht hat, ist uns mehr denn je klar: Auch 75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes bleibt eine Menge zu tun, um die Durchsetzung der Gleichberechtigung zu erreichen.

Wir erwarten, dass die Landesregierung mit der angekündigten ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie große Schritte nach vorne macht. In das Beteiligungsverfahren, das nun mit einer Zukunftskonferenz des Sozialministeriums sowie der Forschungseinrichtung FamilienForschung des Statistischen Landesamtes beginnt, werden sich die DGB-Frauen aktiv einbringen. Denn wir haben die Konzepte für ein frauengerechtes Baden-Württemberg!

Eigenständige Existenzsicherung: Ein Mann ist keine Altersvorsorge

Als Gewerkschafter*innen liegt unser Fokus auf der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen. Nur 41 Prozent der erwerbstätigen Frauen können ihren Lebensunterhalt überwiegend allein aus ihrem Entgelt bestreiten.¹ In Baden-Württemberg ist das Zuverdiener*innenmodell übermäßig verbreitet. Mangelnde Betreuungsinfrastruktur, die ungleiche Verteilung von Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen sowie eine Entgeltlücke von 22 Prozent² begünstigen eine nach wie vor traditionelle Rollenaufteilung mit einer hohen Teilzeitquote von Frauen (49,1 Prozent)³ sowie geringfügiger Beschäftigung⁴.

Die Armutsgefährdung von Frauen ist demnach überdurchschnittlich hoch (17,4 Prozent)⁵. Bei Frauen

über 65 Jahren liegt sie sogar bei 18,4 Prozent, wie der [DGB-Rentenreport](#) zeigt.

Jetzt und in Zukunft mit dem eigenen Gehalt für sich selbst sorgen zu können – das ermöglicht Frauen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben. Dazu braucht es die passenden Rahmenbedingungen. Im Rahmen eines Workshops haben die DGB-Frauen ein [Forderungspapier](#) erarbeitet. Wir sehen jetzt die Landesregierung am Zug.

Das sind die wichtigsten Schritte:

- Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten müssen verlässlich gestaltet und ausgeweitet werden, so dass es mehr Frauen möglich ist, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und in längerem Umfang zu arbeiten.
- Haus- und Sorgearbeit muss gerecht zwischen Männern und Frauen geteilt werden. Das Land kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und in seinen landeseigenen Unternehmen, Institutionen und Behörden Arbeitszeiten und flexible Modelle fördern, die zum Leben passen.
- Die gravierende Entgeltlücke von 22 Prozent muss geschlossen werden. Ein wichtiges Instrument zum Abbau des Gender-Pay-Gaps sind Tarifverträge. Mit einem wirkungsvollen Vergabegesetz könnte die Landesregierung Maßstäbe für mehr Tarifbindung setzen. Außerdem fordern wir die Erstellung des im Koalitionsvertrag angekündigten Lohnatlas, der für die notwendige Transparenz sorgt.

¹ [Zum Stand der Gleichstellung in Baden-Württemberg. Analysen und Entwicklungsoptionen: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](#)

² [Gender Pay Gap 2023 – Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg \(statistik-bw.de\)](#)

³ [Teilzeitquote im Südwesten bei Frauen fünfmal so hoch wie bei Männern - Statistisches Landesamt Baden-Württemberg \(statistik-bw.de\)](#)

⁴ Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg: Arbeitsmarkt-Dossier 2023/03

⁵ FaFo Baden-Württemberg (2023)